liberalen Ideen, die der antiprotektionistische „Temps“ zu verfechten pflegt, im Senat ebenfalls einige Verteidiger finden möchten.

Exministerpräsident Méline hat auf die kleine Anzapfung aus Nürnberg geantwortet. Er dementiert sehr verärgert das von Kommerzienrat Bing zitierte Wort. Herr Méline ist ein zu aufrichtiger und erklärter Schutzzöllner, um irgendwie Schleichwege in der Zollerhöhung zu billigen; er nennt die neue Tarifrevision „bescheiden“, sehr viel weniger ausgedehnt und tiefgehend als die letzte deutsche“ (man vergleiche unsere obigen Ziffern, die selbst die französische Zollkommission gelten läßt). Auch behauptet Herr Méline, Frankreich habe kein Wort gesagt, als Deutschland seinen Tarif erhöht habe; denn Deutschland habe sich in seinem Recht befunden und jeder könne bei sich tun, was ihm beliebt. Wir erinnern uns doch noch einer ganzen Anzahl von französischen Kundgebungen und glauben auch, daß die Wilhelmstraße sich viel zahlreicherer Schritte französischer Diplomaten aus jener Zeit entsinnt, als sie selbst am Quai d'Orsai heuer vornehmen ließ ... Auch erhielt damals Frankreich manche Genugtuung. Der „Temps“ sagt in seinem Kommentar zu dem Brief Mélines sehr richtig: „Wohin soll es führen, wenn jeder immer wieder dem andern auf einen hohen Zolltarif mit einem noch höhern antwortet?“ Das fragen wir uns auch. Es ist Zeit, daß direkte, in freundschaftlichem Geist geführte Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Regierung eingeleitet werden, um auf dem Reziprozitätswege kommerzielle Erleichterungen zu erlangen, von denen beide Länder wirtschaftlich großen Vorteil haben müßten.

Deutsches Reich.

Leipzig, 21. Januar.

* **Immer wieder die Schiffahrtsabgaben.** Um die Erklärung der sächsischen Regierung gegen die Einführung von Schiffahrtsabgaben abzuschwächen, weist eine Berliner offiziöse Korrespondenz nach, daß die sächsische Regierung im Jahre 1897 einen Staatsvertrag unterzeichnet habe, der die Einführung von Abgaben für die Elbschiffahrt vorsah. Wenn dieser Vertrag schließlich nicht zustande gekommen sei, so habe dies nur an der Ablehnung durch Oesterreich gelegen, die aber mit der Abgabenfrage nichts zu tun hatte. Auch im Jahre 1900 noch habe der sächsische Ministerpräsident v. Metzsch in einem Schreiben an den sächsischen Müllerverband erklärt, daß die Regierung der Einführung von mäßigen Schiffahrtsabgaben sympathisch gegenüberstehe. — Wir können diesen durchaus richtigen Feststellungen weiter noch hinzufügen, daß auch die sächsischen Konservativen bis 1903 noch Freunde der Schiffahrtsabgaben waren, aber wir können anderseits auch mit Befriedigung darauf hinweisen, daß es nachdrücklicher Aufklärungsarbeit in Sachsen gelungen ist, nicht nur die Konservativen, sondern auch die Regierung zu einer wohl verständlichen, dem Interesse des ganzen Landes dienlichen Sinnesänderung zu veranlassen. Die preußische Regierung hat aber bei der Zustimmung zu § 19 des Wasserstraßengesetzes lediglich agrarischen Interessen gedient. Erfreulicherweise mehren sich jetzt die Stimmen gegen eine Politik einer Majorisierung durch Preußen. Mehreren bayrischen Zentrumsblättern zufolge wird die Zentrumsfraktion des bayrischen Landtages einen Antrag an die Regierung einbringen, in dem diese aufgefordert werden soll, in der Frage der Schiffahrtsabgaben keine Majorisierung der Bundesstaaten zuzulassen und erforderlichenfalls im Bundesrat gegen die preußischen Vorschläge zu stimmen. Wie weiter die „Frkf. Ztg.“ aus Karlsruhe erfährt, wird sich der Bundesrat voraussichtlich noch in diesem Monat mit der Angelegenheit beschäftigen. Der badische Minister v. Bodmann werde sich dazu als Vertreter der badischen Regierung persönlich nach Berlin begeben.

* **Die 4. Abteilung der Zweiten Kammer** hat hinsichtlich der viel angefochtenen Wahl des Bürgermeisters Dr. Roth in Burgstädt (Freisinnig), 13. städtischer Landtagswahlkreis, ihren Bericht erstattet. Sie beantragt, die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, Beweis darüber zu erheben: 1. Ob 5 in dem Antrag namentlich aufgeführte Personen die sächsische Staatsangehörigkeit besitzen; 2. Ob das Wahllokal Gambrinus in Geithain bei der Stimmauszählung abgeschlossen und damit die Oeffentlichkeit ausgeschlossen war; 3. Ob, wie behauptet wird, Herr Bürgermeister Dr. Roth in Burgstädt Wähler ins Rathaus bestellt und sie dort zur Wahl seiner Person zu bestimmen suchte; 4. Ob in Burgstädt vor der Wahl ein Flugblatt beschlagnahmt worden ist und durch wen; 5. Ob Herr Bürgermeister Dr. Roth in Burgstädt durch Androhung einer Strafanzeige die Verleger der Amtsblätter in Penig, Frohburg und Geithain abhielt, ein gegen seine Person gerichtetes Flugblatt abzudrucken und zu verbreiten und 6., ob der Gutsbezirk Penig zur politischen Gemeinde Penig gehört und welchem Wahlkreis derselbe zugeteilt ist. — Dieselbe Abteilung beantragt ferner, die Wahl des Abg. Günther im Wahlkreis der Stadt Plauen und des Abg. Kockel im 8. ländlichen Wahlkreis für gültig zu erklären.

* **Eine Versammlung des Liberalen Vereins zu Leipzig** nahm nach den einleitenden Referaten über die geplante Verschmelzung der drei linksliberalen Parteien eine Resolution an, nach der sie sich mit dem Einigungsprogramm des Viererausschusses unter Berücksichtigung der vom Wahlverein der Liberalen in Berlin beschlossenen Abänderungs- und Ergänzungsanträgen einverstanden erklärte.

*

* **Der Reichskanzler amtsmüde?** Unter dieser Spitzmarke lassen sich die „Dresdn. Neuest. Nachr.“ aus Berlin melden: Wie wir von unterrichteter Seite hören, gab Herr v. Bethmann Hollweg unverhohlen einer großen Seelenverstimmung Ausdruck. Er sei überarbeitet und betrachte sein Amt als derart undankbar, daß er nichts sehnlicher wünsche, als in einen ruhigen Wirkungskreis zurückzukehren. — Wir registrieren diese Notiz, glauben aber nicht fehlzugehen, wenn wir ihren Inhalt in das Reich der Fabel verweisen. Ein Kanzlerwechsel nach halbjähriger Amtszeit erscheint uns als ein Unding.

* **Diplomatenwechsel.** Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Dem Vernehmen nach ist für den durch das Ausscheiden des Legationsrates Prinzen von Schönburg-Waldenburg erledigten Posten des Kaiserlichen Generalkonsuls in Pest der bisherige Botschafterrat in Wien Graf Brockdorff-Rantzau und für den durch die Ernennung des Dr. Michahelles zum Gesandten in Rio de Janeiro freigewordenen Posten des Kaiserlichen Ministerresidenten in Lima der bisherige erste Sekretär bei der Gesandtschaft im Haag Legationsrat Graf von Hacke bestimmt.

* **Die Budgetkommission des Reichstags** befaßte sich am Donnerstag mit der telegraphischen Beschwerde aus Lüderitzbucht gegen den Staatssekretär Dernburg. Allgemein wurde die Mißbilligung über das Telegramm ausgesprochen, wegen der alles Maß überschreitenden Form. Die Abg. Arendt (Rpt.) und Erzberger (Ztr.) wiesen auf die etwaigen Hintermänner der Beschwerdeführer in Lüderitzbucht hin. Staatssekretär Dernburg erklärte, er nehme die Angriffe nicht persönlich, und meinte, man solle nicht auf den Inhalt des Telegramms hin, sondern auf Grund der in Aussicht gestellten näheren Mitteilungen zu einem definitiven Entschlusse kommen. Schließlich wurde die Petition einstimmig durch die bisherigen Beschlüsse für erledigt erklärt. Die Kommission begann dann die Beratung des Hauptetats der Kolonialverwaltung und überwies auf Vorschlag des Abgeordneten Semmler die Besoldungsordnung einer Subkommission. — Die nächste Sitzung findet am Freitag statt.

* **Ueber die deutschen Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika** müssen die nächsten Wochen wichtige Entscheidungen bringen. Eine gewisse Klärung ist bereits insofern erfolgt, daß in der jüngsten Botschaft des Präsidenten Taft nur England, Rußland, Italien, Spanien, der Schweiz und der Türkei Anspruch auf die Minimalsätze des Payne-Tarifs zugebilligt wird, während sich das Deutsche Reich und mit ihm Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Belgien, Holland, Portugal, die skandinavischen Länder und die Balkanstaaten mit dem Maximaltarif abfinden sollen. Die Wirkung dieser alarmierenden Nachricht wird zwar bereits von New Yorker Blättern abzuschwächen gesucht. So schreibt die „Evening Post“:

Jedermann muß hoffen, daß die Ausschließung Deutschlands und Frankreichs aus der Liste der Länder, die mit Amerika in Tarifriedenleben, nur temporär sein kann. Ein Tarifkrieg mit Deutschland oder Frankreich würde nur verheerende Folgen haben, so wie seinerzeit sie der französisch-schweizerische Tarifkrieg hatte. Auf beiden Seiten ist nur ein Geist vernünftiger Nachgiebigkeit notwendig, um ein gutes Einvernehmen herbeizuführen. Die Washingtoner Behörden sollten bedenken, daß der Payne-Tarif schon genug Unheil hervorgerufen hat.

Aber immerhin ist die Kundgebung Tafts als ein wohlberechneter, auf genauer Kenntnis der leider allzu großen Nachgiebigkeit der deutschen Reichsbehörden beruhender Schlag zu bewerten. Der „Geist vernünftiger Nachgiebigkeit“ ist auf deutscher Seite schon so häufig bewiesen worden, daß nun zu tun fast nichts mehr übrig bleibt. Weshalb soll die Vorenthaltung des Minimaltarifs für Deutschland nur „temporär“ sein? Weil die Union durch die Drohung mit dem Maximaltarif noch deutsche Zugeständnisse zu erzwingen hoffte. Wir müssen es indes auf das entschiedenste ablehnen, den Vereinigten Staaten noch weiter entgegenzukommen. Der „Geist vernünftiger Nachgiebigkeit“ mag nun erst einmal drüben betätigt werden. Sollte man sich aber in der Union widerspenstig zeigen, so würden wir auch einem Zollkrieg ruhig entgegensehen, denn die Wunden, die unserer deutschen Industrie durch den neuen amerikanischen Zolltarif geschlagen werden, sind auf keinen Fall schwerer zu ertragen als die Verluste, die sich aus der Anwendung gegenseitiger Kampfzölle ergeben würden. Die größeren Berliner Ansichtspostkarten-Kunstanstalten beziffern bereits jetzt ihren Verlust auf jährlich 16 bis 21 Millionen Mark. Diese gewaltige Einbuße kann in einem Zollkrieg kaum noch übertroffen werden. Aber ebenso wie wir die Union brauchen, ist diese auf den deutschen Markt angewiesen. Und deshalb dürfen wir uns durch Tafts Bluffversuch nicht einschüchtern lassen, sondern müssen Festigkeit und Ruhe bewahren, damit die Amerikaner endlich erkennen lernen, daß sie dem Deutschen Reiche nicht alles bieten dürfen.

* **Die Kommission für den portugiesischen Handelsvertrag** vertagte sich bis nächsten Mittwoch. Sie hat also die für Donnerstag erwartete Abstimmung über den Vertrag verschoben. Bis Mittwoch soll eine offizielle Erklärung der portugiesischen Regierung beigebracht werden Erhöhungen nach Tabelle A erst dann in Kraft treten zu lassen, wenn der neue Zolltarif von den Cortes angenommen wäre. Die Regierung wünschte, die Abstimmung am gestrigen Donnerstag vorzunehmen, aber die Kommission beschloß gegen 11 Stimmen ihre Vertagung. Die Annahme des Vertrages im Plenum des Reichstags mit geringer Mehrheit scheint wahrscheinlich. — Das wäre sehr bedauerlich.

* **Zur französischen Zolltarifrevision.** Die Zollkommission des Deutsch-Französischen Wirtschaftsvereins trat am 17. d. M. in Frankfurt a. M. zu einer auch vom Pariser Comité Commercial Franco-Allemand beschickten Sitzung zusammen, um über die durch Annahme des neuen französischen Zolltarifs in der Deputiertenkammer geschaffene Lage zu beraten. Für annähernd hundert deutsche Exportartikel, die durch die Tarifrevision betroffen werden, lagen eindringliche Reklamationen aus allen Teilen des Reiches vor. Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß eine unveränderte Annahme dieses Tarifs im Senat den deutschen Geschäftsverkehr mit Frankreich und — infolge der dann wohl mit Sicherheit zu erwartenden diesseitigen Gegenmaßnahmen — auch den Absatz französischer Waren in Deutschland schwer beeinträchtigen werde. Damit würden aber auch die auf wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich abzielenden Bestrebungen der genannten beiden Vereine eine schwer wieder gut zu machende Schädigung erfahren. Es wurde deshalb beschlossen, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß bei der bevorstehenden Beratung im Senat noch wesentliche Aenderungen der Tarifvorlage vorgenommen würden. Zu diesem Zwecke sollen an der Hand des vorliegenden Materials sowohl der deutschen, wie — durch Vermittlung des Comité Commercial Franco-Allemand — der französischen Regierung unverzüglich Vorstellungen darüber unterbreitet werden. Angesichts der seinerzeitigen ausdrücklichen Erklärungen der letzteren, keine prohibitiven und offensichtlich auf die Provenienzen eines bestimmten Landes zugeschnittenen Zollsätze zulassen zu wollen, hofft man zuversichtlich, geneigtes Gehör bei ihr zu finden.

* **Parlamentarische Jubilare.** Zu Ehren der Abgeordneten v. Strombeck, Spahn und Hitze, die 25 Jahre lang den Zentrumsfraktionen des Reichstags und des Abgeordnetenhauses angehören, fand am Mittwoch ein Festmahl statt, bei dem der Fraktionsvorsitzende Freiherr v. Hertling ihre Verdienste feierte.

* **Bierabend im Reichstage.** Aus Berlin wird in Ergänzung unserer gestrigen Notiz im Depeschenteil uns geschrieben: Zu einem Bierabend hatte am Mittwoch die nationalliberale Fraktion in den Reichstag geladen. In den braungetäfelten Erfrischungsräumen fanden sich bald nach 8 Uhr außer der Reichstagsfraktion selbst zahlreiche Landtagsabgeordnete, Parteifreunde aus Berlin und Umgebung und Vertreter der nationalliberalen Presse aus fast allen Teilen des Reiches, so aus Sachsen und Baden, ein. Von den sächsischen Abgeordneten bemerkten wir Heinze, Junck, Stresemann, Everling und Merkel. Der Vorsitzende der Fraktion, Abg. Bassermann, gedachte im Begrüßungsworte besonders der Mitarbeit der Presse und brachte den Gästen ein Hoch. Namens der Gäste toastete Generalleutnant Metzner auf die nationalliberale Reichstagsfraktion. Zu den politischen Gegenständen, die im Gespräch erörtert wurden, gehörte das Schicksal des portugiesischen Handelsvertrages.

* **Mindestpreise für Waren.** Dem Reichstage sind, wie erinnerlich, Anträge auf Abänderung des § 100 q der Reichsgewerbeordnung zugegangen, wonach eine Innung ihre Mitglieder in der Festsetzung der Preise ihrer Waren und Leistungen nicht beschränken darf. In einer Rundfrage, die die „Deutsche Fleischer-Zeitung“ unter den Fleischer-Obermeistern veranstaltete, sprachen sich die meisten für die Aufhebung des § 100 q aus. Doch äußerte sich eine starke Minorität gegen jede Beschränkung der Konkurrenz.

* **Ueber die Eosinfärbung** der zu niedrigem Zollsatz eingeführten Gerste wurde am Mittwoch in der Sitzung der Handelskammer zu Halle, der auch der Regierungspräsident von Eisenhart-Rothe beiwohnte, lebhaft Klage geführt: namentlich die Kleinmüller, die Getreidehändler und Schiffer, abgesehen von den Schweinemästern, seien schwer geschädigt. Die Kammer beschloß eine Eingabe an den Bundesrat, daß die Eosinfärbung von 5 Proz. auf ½—1 Proz. herabgesetzt und die Forschung nach einem einwandfreieren Färbemittel energisch in die Hand genommen werden möge.

* **Eisenach.** Aus dem Reichstagswahlkreise Eisenach wird der „Natl. Korr.“ geschrieben: „Die vereinigten Antisemiten, Konservativen und Bündler, die in der gegenwärtigen Reichstagsersatzwahl unter der Firma: „Vereinigte Nationale Parteien“ kämpfen, weil augenscheinlich der Antisemitismus nicht mehr zieht und die Wirtschaftliche Vereinigung durch ihre Mitwirkung an der Reichsfinanzreform stark kompromittiert ist, greifen auf die besonders den Antisemiten eigentümliche Agitationsform wiederum zurück, einzelne Erwerbs- und Berufskreise zu besonderer Besprechung einzuladen. Es wäre indes für deutsches Handwerk und Gewerbe geradezu Selbstmord, wenn sie ihre Interessen dieser völlig abgewirtschafteten politischen Spielart auch weiterhin anvertrauen wollten. Man darf nach allem, was man hier in der Wahlbewegung und in Versammlungen durchfühlt und durchhört, das feste Vertrauen haben, daß am 29. Januar den Antisemiten und ihren Verbündeten gründlich die Wege gewiesen werden. Es war bedeutungsvoll und entspricht der Stimmung im Kreise, daß der konservative Superintendent Lic. Stölten am letzten Sonntag in Gerstungen nach der Rede des Reichstagsabgeordneten Dr. Hieber, sich nachdrücklich gegen die konservativ-bündlerisch-antisemitische Politik wandte und feststellte: „Kein evangelischer Mann könne sich mit der Haltung des bisherigen Wahlkreisvertreters im Reichstage einverstanden erklären. Schack und seine Parteien seien ihren Versprechungen bei der letzten Wahl untreu geworden. Wenn die Wähler Gerstungens ihre Stimme bei der jetzigen Nachwahl wieder für diese Partei abgäben, so werde das im ganzen Reiche als eine moralische Billigung all des Vorgefallenen beurteilt werden. Gerade wegen dieser moralischen Bedeutung der jetzigen Wahl spreche er sich für den nationalliberalen Kandidaten aus. Es handele sich jetzt darum, der Haltung der neuen konservativ-klerikalen Mehrheit des Reichstages einen deutlichen Wink zu geben, daß man ihre Steuerpolitik mißbillige.“ So wie dieser gut konservative Mann sich geäußert hat, denken auf jener Seite zahlreiche Wähler, die das Schicksal des Eisenacher Wahlkreises künftighin nicht mehr mit den Antisemiten und ihren Bundesgenossen verknüpfen wollen.“

* **Das badische Biersteuergesetz** wurde von der Budgetkommission der badischen Zweiten Kammer nach den Anträgen der liberalen Fraktion gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Demgemäß wird die unterste Stufe von 16 auf 15 ℳ, die zweite von 18 auf 17,50 ℳ herabgesetzt, und außerdem eine außerordentliche Klasse für die Kleinbrauer, wie es auch das Reichsgesetz vorsieht, geschaffen.

* **Zur Frage der mittelständischen Kreditnot.** Bei der Bedeutung der Diskontierung offener Buchforderungen für die Kreditbedürfnisse des gewerblichen Mittelstandes ist es freudig zu begrüßen, daß eine Reihe von Banken dieser Frage besonderes Interesse widmet. Wie die Diskontierung von Buchforderungen bereits von einer Reihe führender Großbanken gepflegt wird, so steht es fest, daß auch verschiedene andere Institute ihre Tätigkeit nach dieser Richtung hin auszudehnen beabsichtigen. Die Auskunftsstelle des Hansabundes, Berlin NW, Dorotheenstraße 3, gibt Interessenten im einzelnen nähere Mitteilung.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Die erste Tätigkeit des neuen ungarischen Ministeriums.** Aus Pest wird telegraphiert: Die Regierung beabsichtigt, dem Abgeordnetenhause am Montag das Budget und den Handelsvertrag mit Rumänien, sowie einen Bericht über die Begebung von Staatskassenscheinen vorzulegen und gleichzeitig ein zweimonatliches Budgetprovisorium zu fordern.

England.

* **Lord Beresford über die deutsche Gefahr.** Der Londoner Korrespondent der „Liberté“ hatte in Portsmouth ein Interview mit Lord Charles Beresford, in dessen Verlauf dieser dem Franzosen sein Herz über die „deutsche Gefahr“ und die französisch-englische Entente ausschüttete: „Wir befinden uns gegenwärtig in England“, so führte Lord Beresford aus, „hinsichtlich unserer Marine in derselben Lage, in der sich 1870 kurz vor Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges die französische Armee befand. Nach außen steht unsere Flotte als die erste der Welt da. Wer sie aber näher kennt, weiß, daß vieles an ihr sehr mangelhaft ist. Aus diesem Grunde fordere ich die sofortige Einbringung eines Flottengesetzes und die Aufnahme einer Anleihe von 1200 Millionen Mark, um allen Eventualitäten gegenüber gerüstet zu sein. Die Regierung hat drei kostbare Jahre verloren, indem sie sich durch Deutschlands Friedensversicherungen hypnotisieren ließ. Deutschlands Angriff wird, wenn er einmal kommt, plötzlich und schnell kommen. Er wird nicht eine Frage mehrerer Tage, sondern nur mehrerer Stunden sein. Wir haben also alle Hände voll zu tun, wenn wir auch künftighin als erste Seemacht der Welt gelten sollen.“

* **Die Wahlen.** Das Vordringen der Unionisten ist am vierten Wahltage zum Stehen gekommen. Vereinzelt gewinnen sie noch einige Sitze, im großen und ganzen sind sie aber jetzt auf ihren alten Besitzstand angewiesen. Bis Donnerstag nachmittag 3 Uhr waren gewählt: **158 Unionisten, 131 Liberale, 26 Mitglieder der Arbeiterpartei und 51 Nationalisten.** Die Unionisten haben bis jetzt 69 Sitze erobert. Unter den wiedergewählten Liberalen befinden sich u. a. Staatssekretär Grey (in Berwick), der Lordkanzler von Schottland Urn und der Kanzler des Herzogtums Manchester Samuel. — Der Sekretär des Kolonialamtes Seely, der durchgefallen war, wird in einem neuen, bisher noch nicht bekannten Wahlkreis wieder kandidieren. In Nottingham (Süd und Ost) siegten die Unionisten. Von sieben Glasgower Sitzen verloren die Liberalen zwei an die Unionisten, in den übrigen Wahlkreisen standen die Schotten wie gewöhnlich für die liberale Partei und erhöhten noch in einigen Fällen die Hochflutmajoritäten von 1906. In Nord-Hackney (London) blieben die Unionisten Sieger, in den drei anderen Londoner Wahlen behielten wie 1906 die Liberalen die Oberhand. Nach den bisherigen Ergebnissen ist es wahrscheinlich, daß im neuen Parlament die Iren ausschlaggebend sein werden, und keine der beiden großen Parteien über eine absolute Mehrheit verfügen wird. Die Liberalen hatten gehofft, von den Iren unabhängig bleiben zu können. Zu diesem Zweck müßten sie eine Mehrheit von mindestens 170 Sitzen erhalten. Eine solche liberale Mehrheit im neuen Parlament erscheint jedoch ausgeschlossen. Für ihre Mitarbeit wird die Regierung den Iren selbstverständlich Zugeständnisse machen müssen. Immerhin läßt sich vor Beendigung der Wahlen auf dem Lande nichts Endgültiges über die Zusammensetzung des englischen Parlaments sagen. Doch ist es bezeichnend, daß, wie eine Korrespondenz meldet, bereits jetzt in den Reihen beider Parteien Stimmen auftauchen, die eine neue Parlamentsauflösung und einen neuen Wahlkampf noch im Laufe dieses Jahres erwarten. (?)

Frankreich.

* **Kirche und Schule in Frankreich.** Der Bischof von Nizza richtete an die Priester seiner Diözese einen Hirtenbrief in dem er u. a. sagte, er würde sich für einen schlechten Bürger halten, wenn er zu einem Kampf zwischen Lehrern und Familienvätern aufforderte, wie dies vielleicht andere aus politischen Interessen täten. Er forderte die Geistlichen auf, sich die Lehrer zu Freunden zu machen oder wenigstens ihr Wohlwollen zu erwerben.

Belgien.

* **Das Vermögen der Baronin Vaughan.** Aus Brüssel meldet uns ein Privattelegramm: Die Gerichte haben sämtliche Beschlagnahmungen über die in Belgien befindlichen Vermögenswerte der Baronin Vaughan aufgehoben. Die Schenkungen König Leopolds wurden, soweit eine Uebergabe vor dem Tode des Königs erfolgt war, als zu Recht bestehend anerkannt.

Spanien.

* **Eine Millionenstiftung zur Bekämpfung des Königtums.** Der in Granada verstorbene reiche Großgrundbesitzer Alfredo Mora hat, wie „El Liberal“ meldet, sein rund drei Millionen Pesetas betragendes Vermögen den Führern der republikanischen Partei vermacht zu dem ausgesprochenen Zweck der Bekämpfung des Königtums.

Türkei.

* **Begnadigungen der Anhänger des alten Regimes.** Aus Konstantinopel meldet uns ein Privattelegramm: Der Sultan begnadigte auf Vorschlag des neuen Ministeriums insgesamt 640 zur Verbannung verurteilte Anhänger des alten Regimes. Gleichzeitig wurde die weitere Vollziehung von Todesurteilen der Kriegsgerichte eingestellt. Die Kriegsgerichte selbst werden am 1. April ihre Tätigkeit an die bürgerlichen Gerichte abtreten. — Der Sultan genehmigte weiter die Einbringung eines Gesetzes auf Abschaffung von 1400 überflüssigen Amtsstellen und die Aufnahme einer Anleihe von 500 Millionen zur Verstärkung von Armee und Marine.

China.

* **Keine Neutralisierung der mandschurischen Bahnen.** Japans Stellung zu dem Vorschlag der Vereinigten Staaten betr. die Neutralisierung der mandschurischen Eisenbahnen war als völlig ablehnend ja nur natürlich. Jetzt wird aber eine Note Japans bekannt, die in auffällig scharfer Weise China für diesen Vorschlag verantwortlich macht und einen Ton gegen China anschlägt, dessen Bedeutung nicht mißzuverstehen ist. Das Wolffsche telegraphische Bureau verbreitet hierüber folgende Meldung:

New York, 20. Januar. Nach einer Meldung aus Peking hat die japanische Regierung der chinesischen Regierung nicht formell mitgeteilt, sie beabsichtige im gemeinsamen Vorgehen mit Rußland, den Vorschlag des Staatssekretärs Knox abzulehnen. **China trage für diesen Vorschlag die Verantwortung und habe sich damit eines unfreundlichen Aktes schuldig gemacht.**

Die Vereinigten Staaten sind allmählich selbst von dem Fiasko ihres Vorschlags überzeugt worden und wollen nun ihren Plan überhaupt aufgeben, wie aus folgendem Privattelegramm, das indirekt eine Bestätigung der vorigen Meldung bildet, hervorgeht:

n. Washington, 20. Januar. (Privattelegramm.) Wie in politischen Kreisen verlautet, wird das Staatsdepartement den **Plan einer Neutralisierung der Mandschureibahn nicht weiter verfolgen.** Der Staatssekretär Knox habe selbst seit Anbeginn auf dem Standpunkt gestanden, daß die Verwirklichung des Planes von Rußlands und Japans Zustimmung abhängig bleiben müsse. Nachdem an dem ablehnenden Standpunkt Rußlands und Japans nicht mehr gezweifelt werden kann, verzichtet der Staatssekretär darauf, die Förderung des Planes bei den übrigen Mächten zu betreiben.

Südamerika.

* **Revolutionäre Umtriebe in Uruguay.** Aus den Provinzen Uruguays werden kleinere revolutionäre Unruhen gemeldet, die dem Anschein nach durch revolutionäre Umtriebe eines kleinen Teiles der Blanco-Partei veranlaßt sind. In amtlichen Kreisen wird nach einem Telegramm des Reuterschen Bureaus erklärt, daß von der Masse der Bevölkerung der Anschluß an eine Revolution nicht zu erwarten sei, da das Land sich wirtschaftlich in den günstigsten Verhältnissen befinde und keinen Grund zur Unzufriedenheit habe. Die Regierung nimmt an, daß die leichten Unruhen, deren Urheber sich wahrscheinlich argentinischer Hilfe erfreuen, bald unterdrückt sein werden.

SLUB
Wir führen Wissen.